

# Pressemitteilung

vom 14. Januar 2013

Gemeinsames Projekt der Umweltschutzorganisationen  
Umweltinstitut München e.V. und Rettet den Regenwald e.V.

## Mehr als 200.000 Unterschriften gegen Allestöter Roundup

*Dienstag, 14. Januar 2014* – Heute hat das Umweltinstitut München e.V. über 200.000 gesammelte Unterschriften an Staatssekretär Dr. Robert Kloos vom Bundeslandwirtschaftsministerium übergeben. Im Rahmen der gemeinsamen Aktion mit Rettet den Regenwald e.V. fordern die Unterzeichner ein Verbot des Ackergifts Glyphosat, dem Wirkstoff im Totalvernichter ‚Roundup‘ von Monsanto.

Glyphosat ist das weltweit am häufigsten verwendete Herbizid. Eingesetzt wird das Mittel nicht nur in der Landwirtschaft zur Unkrautbekämpfung und Vorerntespritzung, sondern auch von Privatpersonen in Hausgärten und Einfahrten. Zudem landen durch Futtermittelimporte große Mengen hochgradig glyphosatbelastete Gensoja in den Futtertrögen von Tieren. So gelangt das Herbizid durch konventionell produzierte Lebensmittel auch auf unsere Teller.

„Die hohe Beteiligung an unserer Aktion zeigt, dass die Verbraucher kein Gift in ihrem täglichen Brot wollen“, erklärt Harald Nestler, Vorstand am Umweltinstitut München. „Deutschland muss endlich Verantwortung übernehmen und das Wohl von Mensch und Umwelt über die Profite der Großkonzerne stellen.“

Das Umweltinstitut München fordert ein generelles Verbot von glyphosathaltigen Pflanzengiften und als sofortige Maßnahmen ein Verbot der Vorerntespritzung und einen Verkaufsstopp an Privatpersonen. Auch soll es keine Importe von genmanipulierten Lebens- und Futtermitteln mehr geben, die routinemäßig mit hohen Mengen an glyphosathaltigen Pflanzenvernichtungsmitteln behandelt werden. Der Bundesrat forderte am 8. November 2013 ebenfalls ein teilweises Glyphosatverbot und hielt die Regierung in Berlin dazu an, die Vorerntespritzung mit Glyphosat sowie den Einsatz im Haus- und Kleingartenbereich zu verbieten. Die Ländervertretung unterstützt damit die vom Umweltinstitut München geforderten Sofortmaßnahmen. „Die VerbraucherInnen haben nicht nur große Bedenken beim flächendeckenden Einsatz von Pestiziden, sondern sind auch besorgt um die Qualität der Lebensmittel“, so Melanie Eben, Referentin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz am Umweltinstitut München.

Staatssekretär Kloos bezeichnete die Entscheidung des Bundesrates hingegen als "Bauchentscheidung", die jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehre.

Im Jahr 2014 soll die Zulassung des Pflanzentotalvernichters durch die EU-Kommission um weitere zehn Jahre verlängert werden. Deutschland als berichterstattender Mitgliedsstaat spielt dabei eine maßgebliche, aber leider unrühmliche Rolle. So bestünden laut einem aktuellen Berichtsentwurf des Bundesamts für Risikobewertung (BfR) keinerlei gesundheitliche Bedenken gegenüber dem Herbizid. Dabei werden zahlreiche unabhängige Studien ignoriert, die die Gefährlichkeit des Wirkstoffes belegen. Unter anderem wurde von den deutschen Behörden eingeräumt, dass von Glyphosat eine, wenn auch geringe, Toxizität für Bienen ausgeht. Außerdem wurden Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf die biologische Vielfalt eingeräumt und empfohlen „dass die Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, um solche Effekte und nachteilige Auswirkungen auf die biologische Vielfalt [...] zu reduzieren“.

Zudem müssten die Rückstandshöchstwerte für häufig konsumierte Lebensmittel besonders niedrig angesetzt werden. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die Grenzwerte steigen mit der Belastung in den Produkten. In der Praxis bedeutet das: Wird ein Grenzwert überschritten und erfolgte der Gifteinsatz nach den Vorgaben der Hersteller, dann wird der Grenzwert nach oben gesetzt. Gerade für Getreide oder Linsen gelten besonders hohe Grenzwerte, die teilweise um das 200fache höher liegen als bei weniger häufig konsumierten Lebensmitteln.

Der umstrittene Berichtsentwurf wurde vor wenigen Tagen an die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) weitergeleitet und dient der EU-Kommission als Basis für eine rechtlich verbindliche Entscheidung. Er könnte entscheidenden Einfluss auf eine Verlängerung der Zulassung des Herbizids haben.

Harald Nestler fordert die große Koalition auf, nach Jahren des Stillstands beim Verbraucherschutz unter Ilse Aigner endlich wieder die Interessen der Verbraucher zu vertreten und nach dem Vorsorgeprinzip zu handeln.

4.312 Zeichen (inkl. Leerzeichen)

### **Rückfragen gerne an:**

Umweltinstitut München e.V.

Melanie Eben: [me@umweltinstitut.org](mailto:me@umweltinstitut.org)  
Referentin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Tel.: (089) 30 77 49 - 24

Fabian Holzheid: [fh@umweltinstitut.org](mailto:fh@umweltinstitut.org)  
Pressesprecher  
Tel.: (089) 30 77 49 – 19

Informationen über das Umweltinstitut München finden Sie unter: [www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org)